

Wäiter-Beitrag

für Schlesien

Organ der RPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuzstr. 50. Fern-
sprecher 43002. Postfach: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kreuzstr. 50 (Unter-
boden). Fernsprecher 43002. Sprechzeit der Redaktion: Montag 9-6
Freitag von 17-18 Uhr. — Geschäftsans.: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreuzstr.
50. Fernsprecher 43002.

Wählt Delegierte
zur internationalen
Betriebsdelegierten-
Konferenz am 29. Januar

Massenaussperrung im Siegerland

um einen neuen Lohnabbau durchzudrücken — Alarm in allen Betrieben!

Die Unternehmer haben gestern die Arbeiter der Siegerländer
Offenindustrie ausgesperrt, weil die Arbeiter einen billigeren neuen
ungeheuren Lohnabbau nicht hinnehmen wollten. Auf Veranlassung
der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer arbeitet
in verschiedenen Werken noch ein Teil der Arbeiter, damit die Unter-
nehmer ihre bringendsten Aufträge erledigen können. Auch diese
Arbeiter werden nur zu den neuen von den Unternehmern herab-
gesetzten Löhnen beschäftigt. So arbeitet die Gewerkschaftsbürokratie.
Die Siegerländer Arbeiter haben schon längst die erbärmlichsten
Löhne im ganzen Lande.
Vor einigen Wochen hätten die Schlichtungsinstanzen einen
Schlichtungsbescheid, der einen Abbau der Hungerlöhne um einen Pfennig
pro Stunde vorsah. Die sozialdemokratischen und christlichen Gewerks-
schaftsführer haben diesen Lohn-Abbau-Schlichtungsbescheid angenommen,
doch den Unternehmern war der Lohnabbau nicht weitgehend genug, sie
haben von sich aus einen neuen Lohnabbau von 12 bis 15 Prozent
billigt, und als die Arbeiter diesen Lohnabbau nicht hinnehmen
wollten, dieselben ausgesperrt. Man rechnet bis jetzt mit ca. 6000 Aus-
gesperrten.

Mit solchen Methoden wollen die Unternehmer den neuen Lohn-
abbau durchdrücken. Die Aussperrung im Siegerland ist ein Alarm-
signal für alle Belegschaften. Es gilt nicht erst zu warten, bis die
Unternehmer aussperrn, die Belegschaften müssen um ihre For-
derungen, insbesondere um Zurückeroberung der alten Löhne, kämpfen.
Zu diesem Zweck muß überall die Einheitsfront hergestellt werden
und auf Grund dieser Einheitsfront des Kampfes gilt es überall rote
Beiräte zu wählen, die sich mit voller Kraft für die Interessen
der Arbeiter einsetzen.
Die Zustimmung zu dem Lohnabbauentscheid durch die sozial-
demokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer, und die Einheits-
frontbildung eines Teiles der Arbeiter in die Betriebe, ist die denk-
bar größte Schädigung des Kampfes der Siegerländer Arbeiter. Die
Gewerkschaftsführer haben dem Lohnabbauentscheid zugestimmt,
weil sie die Schlichter-Regierung unterstützen und den Lohnkampf ver-
hindern wollen.
Darum in jedem Betrieb zu den Betriebsrätewahlen für die Ein-
heitsliste stimmen. Darum Einheitsfrontaktion gegen Lohnabbau und
Faschismus!

Die Gefahrenpunkte der deutschen Finanzkrise

von Th. Neubauer.
Die katastrophale Lage der Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen
zwingt die deutsche Bourgeoisie zu den raffiniertesten Me-
thoden, ihre Zuflucht nehmen, um die wertvollen Massen über die
für die herrschende Klasse so bedrohliche Situation hinwegzutäuschen.
Dafür sind die Reden der Minister Warmbold, Stryum und Schwerin-
Kroßigk vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages ein instruktives
Zeugnis.
Da trotz, während doch die Arbeitslosen aller in allem auf
9 Millionen gestiegen sind, der Reichswirtschaftsminister Warmbold
auf und gab ein erstaunliches optimistisches Bild der Wirtschaftsent-
wicklung, verkündete, daß der Krisenpunkt überschritten und die
„ersten jarten Keime der Wirtschaftsbesserung“ zu erblicken seien. Das
arbeitende Volk im ganzen Lande, das doch täglich das steigende Elend
vor Augen hat, schüttelt mit Recht den Kopf und glaubt kein Wort
von den Zahlenunfluthen, mit denen der Professor von J.G. Farben
seinen „gemäßigten Optimismus“ rechtfertigen wollte. Genau wie
Warmbold machten es der Reichsarbeitsminister Stryum und der
Reichsfinanzminister Kroßigk.
Wir haben „nur“ ein Defizit von 2070 Millionen, erklärte stolz
der Graf Schwerin-Kroßigk. Abgesehen davon daß 2 Milliarden für ein
Land, dessen finanzielle Mittel vollkommen erschöpft sind, kein Pappen-
stiel sind, hatte diese Rechnung des Finanzministers doch auch noch
einige Lücken. Zu dem Zwei-Milliarden-Fehlbetrag des Reiches kommt
nämlich hinzu ein Defizit der Länder von mindestens 600 Millionen
und ein Gesamtfehlbetrag der Gemeinden von über einer Milliarde.
In Wirklichkeit beläuft sich also das Gesamtdefizit der öffentlichen
Finanzen auf 3,5 Milliarden Mark!

50 Jahre Zuchthaus gegen neun Chemiker Arbeiter beantragt

Betriebe und Stempelfellen heraus zum Massenprotest

Leipzig, 17. Januar. (Fig. Drahtbericht.) In dem Prozeß gegen
9 Chemiker Arbeiter, die wegen Sprengstoffvergehen vor dem
Reichsgericht stehen, beantragte gestern der Vertreter des Oberstaats-
anwalts, gegen neun Angeklagte Zuchthausstrafen von zwei bis neun
Jahren, insgesamt 50 Jahre Zuchthaus.

Die angeklagten Arbeiter sollen sich als rote Herdastel zu-
sammengefunden und den allgemeinen Chemiker Straßenbahner-
streik Ende 1930 unterstützt haben, wobei sie auch Sprengstoff gehabt
haben sollen, und dafür über 50 Jahre ins Zuchthaus sollen. Gegen
diesen barbarischen Strafantrag kann es nur den schärfsten Protest
geben.

Oppositioneller Erfolg im DMB.

Reichenbach, 16. Januar. Am Sonnabend, den 14. Januar, fand
die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes,
Ortsgruppe Reichenbach, statt. Der Klassen- und Jahresbericht zeigte,
daß die Kampfstrategie eine rückläufige Entwicklung aufweist.
Der Kollege Girndt ging auf Grund dieser Tatsache eingehend auf
die Politik der Gewerkschaften ein und zeigte vor allem an Hand
der letzten Streikämpfe, daß nur durch den gemeinsamen Kampf
aller Werktätigen Erfolge für die Arbeiterklasse erzielt werden
können. Gerade die Gewerkschaftskollegen müssen alle ihre Kraft zur
Herstellung der einheitlichen Kampfesfront einbringen.

Die darauf folgende Vorstandswahl brachte einen vollen Erfolg
der Gewerkschaftsopposition. Dem neuen Vorstand gehören von fünf,
drei oppositionellen Kollegen an.

„Brennende Grenzen“ — Drohende Kriegsgefahr!

Auch dieser Erfolg ist ein Ansporn für alle übrigen oppositionellen
Kollegen in den anderen Gewerkschaften. Die Mitgliedschaft für den
Sieg der oppositionellen Listen zu mobilisieren.
Im Außenpolitischen Ausschuß des tschechisch-polnischen Ab-
geordnetenhauses hielt der Außenminister Beneß eine Rede, in der
er sich aufs schärfste gegen Versuch einer Aenderung der durch
den Vertrag von Versailles gezogenen Grenzen aussprach. Revision der
Grenzen müsse zum Kriege führen.
In Deutschland und in den imperialistischen Ländern ringsum,
insbesondere in der Tschechoslowakei, in Polen und Litauen, trommelt
die nationalistische Bourgeoisie zur Vorbereitung einer gewaltsamen
Grenzrevision, das bedeutet, Hinsteuern auf einen neuen imperialisti-
schen Krieg. Die wertvollen Massen zu beiden Seiten der Grenzen
stehen unter dem furchtbaren Alpdruck einer dauernden Angst vor dem
neuen Kriege.
Erst wenn das Sowjetsystem zur Herrschaft gelangt, werden die
Grenzen zerrissen und wird nichts mehr die wertvollen Massen in
Furcht vor neue Kriege verhalten. Unter der Führung der Kommuni-
stischen Parteien Deutschlands, Polens, der Tschechoslowakei ver-
einigen sich die wertvollen Massen diesseits und jenseits der Grenze
zum Kampfe für die Beseitigung des einem neuen Massenmord-
entgegenstehenden Kapitalismus, für die Erlöschung des Sowjet-
systems.

Grenzlandkundgebung an der polnischen Grenze

Kolzig, Kreis Grünberg, 16. Januar. Am Sonntag, den
15. Januar, trafen sich die Werktätigen der hiesigen Grenzbeiräte
unter Führung der Kommunistischen Partei nahe der Grenze zwischen
Deutsch-Pommern und dem polnischen Dorf Mariendorf zu einer
Kundgebung zusammen, um den deutschen, sowie den polnischen
Imperialisten zu zeigen, daß die revolutionäre Arbeiterklasse die
Grenzziehung zwischen Polen und Deutschland nicht anerkennt, weil
sie als Resultat profitkapitalistischer Ausbeutermethoden keine Rück-
sicht genommen hat auf die Bedürfnisse, die in diesem Gebiet wohnen-
den wertvollen Bewohner. Gleichzeitig war die Demonstration ein
Bekenntnis zu dem nationalen Befreiungsprogramm der Kommuni-
stischen Partei, wie wir es bereits in der Sowjetunion verwirklicht
sehen, wo es keine unterdrückten Minderheiten gibt, mögen sie auch
kulturell noch so tief stehen.
In dem Demonstrationzug, der von Glasshütte bis zur polnischen
Grenze unter Mitnahme von Schalmeikapellen und den Fahnen-
delegationen des Arbeitsgebietes Kolzig führte, befanden sich auch Sym-
pathisierende der umliegenden Ortschaften. Im Grenzort Tepper-
huden fand zuerst eine Kundgebung statt, in welcher der aus Slogau
hier anwesende Jugend-UB-Leiter in klaren Ausführungen auf die
Bedeutung der Grenzproletarier im Kampf um die soziale und natio-

nale Befreiung zu sprechen kam. Der Redner gedachte dabei auch
des 14. Todestages Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs und der
Gründung der Kommunistischen Partei. Die Bevölkerung des nahen
polnischen Dorfes war einige Tage vorher durch Flugzettel aufge-
fordert worden, gemeinsam mit uns an der Grenze zu demonstrieren.
Die polnische Polizei hatte davon Kenntnis bekommen und einige
Zeit, bevor wir die Grenze erreicht hatten, die Bevölkerung, die an
der Grenze aufstellung genommen hatte, wieder in die Ortschaft zu-
rückgejagt. Nahe der Grenze hielt Genosse Berndt eine kurze An-
sprache über den Sinn dieser internationalen Kundgebung. Auf dem
Rückmarsch wurden fleißig Flugblätter und Zeitungen verteilt.
Die Kundgebung stand im Zeichen des proletarischen Internatio-
nallismus, im Zeichen der internationalen Verbrüderung mit dem
polnischen Proletariat. Wir müssen in den nächsten Tagen und
Wochen eine ganze Kette von Grenzlandkundgebungen an der pol-
nischen und tschechischen Grenze zur Mobilisierung der wertvollen
Schichten durchzuführen. Die auf der Essener Konferenz gefassten Be-
schlüsse müssen wir in die Tat umsetzen. Nur so und nicht anders
steigern wir unsere internationale Kampagne gegen den imperia-
listischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjet-Union.

Die katastrophale Finanzlage der Gemeinden, die bereits eine
ganze Anzahl Gemeinden wie Köln, Frankfurt, Duisburg, Dortmund,
Dresden zur Erklärung ihrer Zahlungsunfähigkeit zwang, ist ein sehr
kritischer Gefahrenpunkt der Finanzkrise, um so mehr, als von meisten
Gemeinden die baren Mittel fehlen, um auch nur ihre laufenden Rech-
nungen zu bezahlen und um die steigenden Wohlstandslasten zu leisten,
die ihnen das Reich aufgebürdet hat, um sich selber zu entlasten.

Ein zweiter sehr kritischer Punkt der Finanzkrise ist die Belastung
des Staats mit den Milliarden, die für die Subventionierung des In-
dustrie-, Bank- und Agrarkapitals ausbezahlt wurden. Allein die
durch das Papen-Kabinett ausgegebenen „Steuergutscheine“ belasten
das Reich mit rund 2,5 Milliarden Mark, die sich auf die kommenden
Jahre verteilt, daß z. B. in den Jahren 1934 und 1935 je-
740 Millionen abzugeben sind. Dazu kommen die 1,2 Milliarden
Sachanlagen zur Stützung verfallener kapitalistischer Unterneh-
mungen, die in den nächsten Jahren einzuführen sind. Dazu treten aber
auch noch die Ausfälle an den vom Reich übernommenen Bürgschaften
und Garantien, welche sich am 1. Oktober 1932 auf 2146 Millionen
belaufen und schließlich die Verluste aus den Darlehen des Reiches,
die über 1 Milliarde hinausgehen. Wie Reich, Länder und Gemeinden
diese Mittel aufbringen sollen, darüber zerbricht sich die Finanzbüro-
kratie aufeinander noch nicht den Kopf.

Denn das würde sie zwingen, zu dem dritten, außerordentlich
kritischen Gefahrenpunkt Stellung zu nehmen: dem Rückgang der
Steuern und übrigen Einnahmen. Jeder Abbau der Löhne und Ge-
hälter vermindert auch das Steueraufkommen; jede Art der Druck
des Agrarkapitals erzwungene Kontingentierung vermindert das Zoll-
aufkommen; jede weitere Verelendung der Massen senkt mit dem
Konsum auch das Aufkommen aus den Konsumsteuern. Ueber
diesen dringlichen Punkt suchte der Finanzminister zu beruhigen mit
der „Hoffnung“, daß ja eine fortschreitende Besserung der Steuer-
einnahmen eintreten werde; aber derselbe Finanzminister wagte nicht,
die bescheidenste Voraussetzung auf die finanzielle Entwicklung in dem
mit dem April beginnenden neuen Etatsjahr.

Das Reich wie die Länder und Gemeinden haben alle finanztechni-
schen Reserven ausgeschöpft; wenn sie größere Ausgaben machen wollen, wie
z. B. für die „Wirtschaftsamturbauung“ oder die sogenannte „Arbeits-
beschaffung, so bleibt ihnen weiter nichts übrig, als auf die Reichsbank
zurückzugreifen. Die Reichsbank ist „das Mädchen für alles“, sie mußte
die Gelder für die Sanierung der Banken und Trusts flüssig machen,
den Landwirts- und Genossenschaftsbanken aus ihrer Kasse helfen,
die Mittel für die Industrie und vor allem für die verfallenen Agrarkon-
ventionen aufbringen, ihre Kasse mit hundert Finanzwechseln, Schatz-
scheinen, „Steuergutscheinen“ und Scheidemünzen vollstopfen; sie muß
jetzt die 500 Millionen für „Arbeitsbeschaffung“ bereitstellen (unter
anderen Namen sich ja auch wieder nur eine neue Subvention für In-
dustrie- und Agrarkapital verbirgt); sie hat immer neue Milliarden
zu schaffen — und dabei besitzt die Reichsbank an eigenen Gold- und
Devisenbeständen nicht viel mehr als 300 Millionen Mark! Das ist
stets der kritischste Gefahrenpunkt der deutschen Finanzkrise.
Die Reichsregierung, die vor der Öffentlichkeit...

Die Führer der christlichen Gewerkschaften offen für die faschistische Diktatur Schleichers

„Der Deutsche“ vom 14. Januar veröffentlicht die Rede, welche der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte, auf einer Vertrauensmännerversammlung des Kartells der christlichen Gewerkschaften im Wieneraal des Reichswirtschaftsrates in Berlin gehalten hat. Wir entnehmen dieser Rede folgenden Inhalt:

„Aus der Aufgabe heraus, die die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung im Volkseigenen zu erfüllen hat, ergibt sich aber, daß wir jede Regierung unterstützen, die vollverbunden, sozial und gewerkschaftsbeschäftigt ist, ferner eine Wirtschaftspolitik betreibt, die der Wirtschaft Erleichterungen und neue Ausblicke gibt, und die endlich in der Außenpolitik Wege geht, wodurch die Stellung und Gleichberechtigung Deutschlands in der Welt gestärkt und gesichert wird.“

Auf einer Konferenz des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands im Ruhrgebiet, die sich mit der augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Lage beschäftigte, führte der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, der Reichstagsabgeordnete J. M. Busch, unter anderem folgendes aus:

„Es ist bis jetzt noch nicht der Nachweis erbracht, daß v. Schleicher nicht das Wohl des Volkes und des Vaterlandes will. So viel ich weiß, wurde dieser Nachweis nicht einmal versucht. Man sollte bis zum Beweise des Gegenteils Herrn von Schleicher den guten Willen, unserem Volke zu helfen, zutrauen. Man darf doch nicht aus Wuttränen gegen einen Menschen die Gefährdung unserer Wirtschaft und unserer politischen Verhältnisse sabotieren.“

Es wurde mehrfach gefragt, wie von Schleicher zu sozialen Fragen stehe. Nun, der Reichstagsabgeordnete von Schleicher ist selbstverständlich kein Gewerkschaftsleiter. Er ist ein alter Soldat, aber nach allem, was man bis jetzt von ihm hört, für soziale Gerechtigkeit und auf das Wohl der Gesamtheit bedacht. Ein General, der bei großer Leistung und Verantwortung nur ein Generalsgehalt bekommt, kann ja auch kaum ein besonderer Freund der kleinen Gruppe unseres Volkes sein, die bei vielfach geringerer Leistung und Verantwortung Hiesenshälfter bezieht...“

(„Der Deutsche“ vom 11. Januar.)

Diese Ausführungen der bekannten christlichen Gewerkschaftsführer Otte und Busch zeigen den christlichen Arbeitern sehr deutlich, wie die christlichen Gewerkschaftsführer die Politik des faschistischen Schleicher-Regimes unterstützen. Die „soziale Gerechtigkeit“, welche Busch dem General Schleicher andichtet, besteht darin, daß die Schleicher-Regierung den Kurs des Papen-Kabinetts gegen die Arbeiterklasse, zwar mit einer sozialen Verbrämung versehen, aber desto verschärfter, weiter fortsetzt. Unter der Schleicher-Regierung hat sich die Lage der arbeitenden Bevölkerung immer mehr verschlechtert. Der Lohnabbau-Vorstoß der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse wird mit anderen Methoden fortgesetzt werden, die Schleicher-Regierung verteuert durch ihre mahnwichtige Zoll- und Kontingentspolitik alle Lebensmittel, selbst die Margarine, den Brotaufschlag des armen Volkes. Soeben hat der Arbeitsminister Ehrup neue, ungeheure Verschlechterungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung, insbesondere der Krankenversicherungsbeiträge, angekündigt. Das nennen die Herren Busch und Otte sozial! Diese Regierung der faschistischen Diktatur gegen die Arbeiterklasse wollen die Busch und Otte unterstützen.

Wenn die christlichen Führer auch christlichen Arbeitern die faschistische Diktatur schmeicheln wollen, dann geschieht das deshalb, um eure Rebellionen gegen die unerhörte Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen im Schleicher-Deutschland abzulenken und euch und eure Organisationen in den Dienst der Schleicher-Politik zu stellen. Mit dieser Politik der Unterstützung der Schleicher-Diktatur würgen die christlichen Gewerkschaftsführer jeden Kampf gegen Lohnabbau und für die Wiedereroberung der alten Löhne ab. Die Unterstützung Schleichers bedeutet Organisierung des Streikbruchs! Die christlichen Gewerkschaftsführer, in deren Reihen ja auch der Nationalsozialist steht vom Deutschenationalen Handlungsgehilfen-Verband her, suchen ein enges Bündnis mit Gregor Strasser und damit auch mit Adolf Hitler an, um so der Schleicher-Diktatur eine sichere Stütze zur Durchsetzung der Hungerpolitik der deutschen Bourgeoisie zu geben.

Darum müßt ihr christlichen Arbeiter die Konsequenzen ziehen; ihr hundert und darbt genau so, wie die kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter; ihr spürt genau so die Schläge der faschistischen Diktatur, wie alle anderen Klassenangehörigen! Darum gibt es nur einen Weg für die christlichen Arbeiter, nämlich der gemeinsame Kampf aller ausbeuteten Arbeiter und Werktätigen, ohne Unterschied ihrer parteilichen, gewerkschaftlichen und religiösen Einstellung, in der kämpfenden Einheitsfront. Diese Einheitsfront gilt es zu formieren gegen die Lohnabbau-Anschläge der Unternehmer und für die Wiedereroberung der alten Löhne. Bei den bevorstehenden

Wahlwahlen müssen die christlichen Arbeiter im Bunde mit ihren kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Kollegen durch die Aufstellung von Einheitslisten nur solche Kollegen zu Betriebsräten wählen, welche die Gewähr bieten, im Sinne der kämpfenden Einheitsfront die Werktätigen zu mobilisieren gegen das Unternehmertum und gegen die faschistische Diktatur.

Liebtnecht ruft

zur Verteidigung der russischen Revolution

„Es soll nicht in der Weltgeschichte heißen, die russische Freiheitsbewegung ist durch das deutsche Volk, das zugleich die größte und härteste Organisation des internationalen Proletariats besaß, niedergeworfen worden. Vor dieser Totsünde

müssen wir uns bewahren. Wir wären erbärmliche Neils, und der Teufel sollte uns holen; wenn wir nicht dafür sorgen würden, daß jeder etwaige Versuch, der russischen Revolution aus Deutschland in den Rücken zu fallen, mit einer gründlichen Niederlage auch der preussischen Reaktion enden würde.“

(Karl Liebknechts Bekenntnis zur russischen Revolution 1905 auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Jena.)

Kaas bei Schleicher

Berlin, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichskanzler Schleicher hatte gestern eine mehrstündige Unterredung mit dem Zentrumsführer Kaas. Es wurden die nächsten Regierungspläne, die das Zentrum unterstützt, besprochen. Auch ging die Unterredung um Einbeziehung Stegerwalds in die Reichsregierung.

Hitlerpartei fordert Vernichtung von Brotgetreide

Breslau, 17. Januar. Wie die Nationalsozialisten die Interessen der hungernden Bevölkerung wahrnehmen, zeigt wiederum eine kleine Anfrage des preussischen Landtagsabgeordneten Freiherrn von Reibnitz (Nationalsozialist), die er an die preussische Regierung gerichtet hatte. In dieser Anfrage fordert dieser Großgrundbesitzer die Vernichtung von Brotgetreide zu Futterzwecken, um in Schlessen ein etwaiges Sinken des Brotgetreidepreises zu verhindern. Die Regierung beantwortete die Anfrage des Nationalsozialisten dahingehend, daß die Reichsregierung bereits Roggen für Futterzwecke aufkaufe. Die Sorge der nationalsozialistischen Führer ist die, wie können

wir unseren Freunden, Großagrarern und Industriellen ihre Profite sichern. Allein in Schlessen hungern zehntausende Männer, Frauen und Kinder, während die Hitler u. Co. die Vernichtung von Brotgetreide bzw. dessen Verwendung für Futterzwecke fordern. Die kleine Anfrage des nationalsozialistischen Abgeordneten und Großagrarers stellt unter Beweis, daß die NSDAP, die Vertreterin der Kapitalisteninteressen ist. Die arbeitenden Massen, die heute noch irreführt hinter Hitler stehen, müssen Schluß machen mit dieser Partei, müssen sich einreihen in die Einheitsfront zum Kampf um die Öffnung der Getreidespeicher, damit der Ueberfluß an die Hungernden verteilt wird.



Unser Bild zeigt die Genossen Stalin, Lenin und Kollin, im März 1919, auf dem VIII. Parteikonferenz der KPD.

Es lebe die proletarische Solidarität!

An die Bevölkerung des Eulengebirges!

Das neue Jahr wurde eingeleitet mit einer neuen Terrorwelle der Faschisten auf die Arbeiterklasse. Nicht weniger als fünf Proletarier haben mit dem Beginn des neuen Jahres unter den Händen der braunen Mordbanden ihr Leben lassen müssen. Die Neujahrsbotschaften der herrschenden Klasse, in denen vom „Glauben an eine bessere Zukunft“ gesprochen wurde, haben sich in ein Nichts aufgelöst. Die Schleicher-Regierung, die von Leipzig als die soziale Regierung hingestellt wird, unterscheidet sich von ihrer Vorgängerin nur in der Anwendung geschickterer Unterdrückungsmethoden. Für die Werktätigen Deutschlands und auch für uns im Eulengebirge hat sich nichts geändert. Wir fragen uns:

treiber durch Nationalisierung und Strafbestimmungen ins Phantastische gesteigert wurde. Aber je weiter die Löhne und die Zahl der Beschäftigten sanken, um so mehr verelendeten auch die Angestellten, die Kaufleute, die Kleinbauern und der werktätige Mittelstand. Von Jahr zu Jahr und mit jedem Lohnabbau gingen die Warensumme immer weiter zurück. Es wurden die Steuern erhöht und neue Steuern zur Ausplünderung der Werktätigen geschaffen. Alle Regierungen handelten nach dem einen Grundgesetz:

Den Reichen alles, den Armen nichts!

Damit die Reichen reich bleiben, vernichtet man Tausende von Tonnen Zucker, Mais, Baumwolle, Weizen, Roggen, Fleischwaren usw. Dieses freche Treiben wird von allen Parteien an den entscheidenden Stellen unterstützt, mit Ausnahme der kommunistischen Partei und der mit ihr verbundenen revolutionären Arbeiterschaft in den Massenorganisationen, die einen ernsthaften Kampf führen gegen die kapitalistische Vernichtung, weil sich ihr Kampf gegen das bestehende System richtet.

Die Auswirkungen des kapitalistischen Systems haben auch unsere enge Heimat verunstet. Die Textilindustrie, die die entscheidende Industrie in unserem Landstrich ist, liegt darnieder, während Millionen von Menschen buchstäblich keine Wäsche mehr haben. Der ständige Lohnabbau drohte die Kaufkraft derart, daß wir aufstehen müssen wie ein Mann, um in unverbrüchlicher Solidarität alles zu tun, um jeden weiteren Lohnraub zu verhindern und um den Textilarbeitern und Metallarbeitern bei der Zurückeroberung der geraubten Löhne zu helfen.

Die Internationale Arbeiterhilfe appelliert,

deswegen in der Vorbereitung der kommenden Kämpfe an das Solidaritätsgefühl aller Werktätigen zur Bereitstellung von Lebensmitteln in allen Dörfern und Städten. Sie fordern auf zur Bildung von Solidaritätsausschüssen auf allen Gütern, in allen Orten, in allen Betrieben, an allen Stempelstellen. Sie fordern auf zur Zeichnung von Spenden für einen festen Solidaritätsfonds zur Unterstützung der kommenden Kämpfe, denen auch die Arbeiterschaft in unserem Heimatgebiet entgegengeht. Sie appelliert an die Erwerbslosen, auch weiterhin in brüderlicher Solidarität die kommenden Kämpfe der Betriebsarbeiterschaft zu unterstützen.

Selbt alle mit, an der Schaffung einer breiten Solidaritätsfront

in der Vorbereitung der kommenden Kämpfe. Reicht euch ein in die Solidaritätsorganisation des Proletariats, die IAH.

Es lebe die proletarische Solidarität, für die Zurückeroberung der geraubten Löhne, gegen jeden Lohn- und Unterstützungsraub, gegen jeden Winterhülfschwindell!

Vorwärts zum Sozialismus, vorwärts zum Kampf für eine Arbeiter- und Bauernrepublik!

Die Gefahrenpunkte der deutschen Finanzkrise

(Schluß des Leitartikels)

„Volksmeinung“ zur Schau trägt, dürfte sich absolut darüber klar sein, daß das Kartell aus, welches für die Verschleierung der Finanzkrise errichtet hat, bei dem ersten größeren Sturm erneut zusammenbrechen muß. Jeder Zahlenkundige einer omständlichen Statistik nach rote Zahlen, wie sie die hohen Herren Minister hervorzuzaubern möchten, vermögen über die deutsche Finanzkrise hinwegzutäuschen.

Für die werktätigen Massen ist die Haltung gegenüber der Finanzpolitik des Schleicher-Kabinetts bestimmt durch zwei Hauptfragen: die ungeheure Ausplünderung der werktätigen Massen durch Steuern, Zölle und Abgaben und die Verschleierung von Milliardensummen aus den Volkstaschen für Liebesgaben an die Reichen.

Während die anderen Parteien im Hausparlament — das gilt insbesondere für die KPD — in recht offener Weise ihre Forderungen gegenüber dem Schleicher-Kabinett zum Ausdruck bringen, hat als einzige die kommunistische Partei gegenüber der Diktatur-Regierung Schleicher eine klare, grundsätzliche Stellung des Kampfes und unerschütterlichen Kampfes eingenommen. Die Kommunisten sind die einzigen, welche die Interessen des werktätigen Volkes gegen die Ausbeuterklasse vertreten; nur unter der Führung der kommunistischen Partei vermag das arbeitende Volk gegen seine Ausbeuter und Zwangs Herren einen erfolgreichen Kampf zu führen, der auch in Deutschland mit dem Sieg der arbeitenden Klasse enden wird.

Wo sind die überfüllten Speicher geöffnet, wo die Kohlenhalden freigegeben worden

Wo wurde etwas getan zur Milderung des grenzenlosen Elends der Erwerbslosen. Wir fragen uns: wo wurden schon die Löhne zurückgezahlt, die durch den jetzt aufgehobenen sozialpolitischen Teil der Papen-Kotverordnung den Arbeitern geraubt wurden! Wir stellen fest, daß auch die Schleicher-Regierung nichts für die Werktätigen tut und tun wird.

Der Tiefpunkt der kapitalistischen Krise ist nicht überschritten. Die Krise dauert fort und mit ihr das Massenelend, das nur beseitigt werden kann, wenn sich die Werktätigen zusammenschließen zum gemeinsamen Kampf um ihre gemeinsamen Lebensinteressen. Auch die herrschende Klasse hat begriffen, daß dieser Kampf zwischen Kapital und Arbeit sich nicht länger vertagen läßt, sondern daß alle Dinge einem Punkt entgegenreisen, an dem sie entschieden werden müssen. In zynischer Offenheit schrieb die „Tägliche Rundschau“ am 18. Dezember:

„Hinter der weihnachtlichen Kulisse liegen bereits die Truppen in Stellung. Das kommende Jahr wird ein Kampfsjahr für Deutschland werden.“

Wir wissen, daß diese Entscheidungen fallen müssen, weil das kapitalistische System unfähig ist, seinen Lohnlosen Arbeit und Brot zu geben. In der schlesischen Textilindustrie ging die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von 65 000 im Jahre 1928 auf 40 000 im Anfang des Jahres 1933 zurück. Die Arbeitszeit in den meisten Textilbetrieben Schlesiens beträgt nur noch 30 Stunden. Von Jahr zu Jahr sind die Löhne abgebaut worden. Während die An-

Dr. K. Nixdorf, Universitätsdozent in Moskau

spricht Freitag, 20. Januar, 20,15 Uhr, in der „Wratislawia“, Mauritiusplatz 4

über „Rußland 1933“

Eintrittspreis 25 Pfennig, Erwerbslose (nur gegen Ausweis) 15 Pfennig

Stadtverordnetenversammlung verschoben

Breslau. Der mit den Stimmen der sozialdemokratischen Stadtverordneten gewählte deutschnationalen Stadtverordnetenvorsteher Dr. Friedrich bewies auch bereits wieder im neuen Jahre, daß er seine Verschleppungsmethoden weiter fortsetzen wird.

Sozialdemokratische Massengemeinschaft! Aus dieser Tatsache läßt sich entnehmen, welche Verräterrolle sich eure Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung spielt.

Deshalb liegt es an der gesamten Arbeiterchaft von Breslau, gegen diese erneuten Verschleppungsmethoden den schärfsten Protest zu entfalten.

Deshalb ist es notwendig, daß alle Breslauer Erwerbslosen dem Rufe des zentralen Erwerbslosenausschusses folgen und sich geschlossen an der am Donnerstag, dem 19. Januar, stattfindenden Demonstration und Kundgebung beteiligen.

Erwerbslos! Heraus auf die Straße am Donnerstag!

S.M. marschiert zur Roten Front!

Sonnabend, den 21. Januar, um 20 Uhr spricht im Zirkus Busch

der ehemalige Gaupropagandaleiter der NSDAP, ehemalige Leiter der S.M.-Führerschule, ehemalige Reichsschulungsobmann der „Schwarzen Front“.

Kamerad

Wilhelm Korn

Mitglied der Reichsleitung des Kampfbundes gegen den Faschismus.

Gruppenführer

Edmund Heines

der schlesische Kämpfer erhält eine Stunde Redezeit, um den S.M.-Proleten klar zu machen, daß der „Kampf gegen das System“ gegen „sechs Millionen hungerrnde Proleten“ (siehe „S.M.-Mann“ vom 12. November 1932) geführt werden muß.

Eintritt 30 Pf., reservierte Plätze 50 Pfennig und 1 Mark, Mitglieder des K.B. und der revolutionären Massenorganisationen 20 Pf. Karten an der Kasse. Kassenöffnung um 18 Uhr. Der Zirkus ist gut besucht.

Kampfbund gegen den Faschismus, Bezirksverbandsschlesien.

Antifaschisten Breslaus!

Heraus zum wichtigen Massenaufmarsch

Aufmarsch von den Stadtteilen am 21. Januar um 18 Uhr: West: Striegauer Platz — Ost: Brodauer Platz — Nord: Weihenburger Platz — Süd: Friedrichsplatz.

Leubuscher Arbeiter demonstrieren

Leubusch. Dem Rufe der kommunistischen Partei waren am Sonntag dem 8. Januar, die Leubuscher Arbeiter in großer Anzahl gefolgt. In mustergetriggter Demonstration marschierten die Arbeiter gegen den Hungerstreik der kapitalistischen Machthaber und gegen den faschistischen Mordterror auf.

Diese Rettung vor dem Bankrott geschieht einzig und allein auf Kosten der werktätigen Bevölkerung, und gerade deshalb ist es notwendig, daß sich die Arbeiterklasse bekennt, daß es an der Zeit ist, gegen alle diese Maßnahmen den Kampf aufzunehmen.

Traute Hodann

die gelehrte Regitatorin, die Frau des bekannten sozialistischen Arbeiter Mag. Hodann, spricht über den Berliner Verkehrsarbeiterstreik und über die 15-Jahrfeier der russischen Revolution in Moskau.

Heute Dienstag, den 17. 1., 20 Uhr im Oberstrom

Am Mittwoch, den 18. Januar um 18 Uhr (4 Uhr) bei Rosenberger, Haffelb

Am Mittwoch, den 18. Januar um 20 Uhr (8 Uhr) im Volksgarten Stadelwitz

Am Donnerstag, den 19. Januar um 20 Uhr (8 Uhr) in Hoffmanns Festhallen Hölzelwitz

In den Abendveranstaltungen Auftreten von Regitatorinnen, Auftreten der „Roten Rufen“, musikalische Darbietungen des Rundharmonikabereichs West. Macht ihre Veranstaltungen zu einem wichtigen Bekanntheit für die Massenpolitik.

1933. Ortsgruppe Breslau.

Neues Programm der Marxistischen Arbeiterschule

Die Arbeiterschule hat ihr neues Semesterprogramm herausgebracht. Die Zahl der Kurse ist beträchtlich vermehrt worden. Für den Unterricht steht im Hause Wallstraße 21 nunmehr ein dritter Raum zur Verfügung.

Die Leitung der Arbeiterschule ersucht, die Anmeldungen zu den Kursen bereits jetzt vorzunehmen; die Anmeldungen können sowohl mündlich wie auch schriftlich im Büro abgegeben werden.

Alle Veranstaltungen finden (sofern nicht anders angegeben) in unseren Schulräumen, Wallstraße 21, III, statt.

Abteilung A: Abendkurse

- 1. Die marxistische Gesellschaftslehre. (Der historische Materialismus, das Gesetz der geschichtlichen Entwicklung.) 6 Donnerstag-Abende, beginnend am 28. Januar, 20,15 Uhr. Lehrer: Max Felsen.

- 2. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. (Lafontaine, Eisenacher, Gothaer und Erfurter Programm, Reformismus und Sozialchauvinismus.) 8 Montag-Abende, beginnend am 30. Januar, 20,15 Uhr. Lehrer: Alfred Thoma.

- 3. Politische Ökonomie. (Die Ware und ihr Wert; die kapitalistische Produktion; Mehrwert, Grundrente usw.) 6 Mittwoch-Abende, beginnend am 1. Februar, 20,15 Uhr. Lehrer: Max Felsen.

- 4. Redner-Schule. (Die Technik des Redens mit praktischen Dispositionen und Referat-Übungen.) 5 Dienstag-Abende, beginnend am 7. März, 20,15 Uhr. Lehrer: Arno.

- 5. Wie verhält sich der Proletarier vor Polizei und Gericht? 5 Dienstag-Abende, beginnend am 31. Januar, 20,15 Uhr. Lehrer: Rechtsanwalt Dr. Holz und Sepp Huber.

- 6. Sexualfragen des Proletariats. 5 Donnerstag-Abende, beginnend am 2. Februar, 20,30 Uhr. Lehrer: Dr. med. Groh.

- 7. Geschichte und Aufgaben der Arbeiterbewegung. 5 Dienstag-Abende, beginnend am 7. Februar, 20,15 Uhr. Lehrer: Alfred Thoma.

Abteilung B: Tageskurse

- 8. Grundfragen des Marxismus. (Die ökonomischen, historischen, philosophischen und politischen Hauptprobleme.) 6 Dienstag-Vormittage, beginnend am 7. Februar, 10-12 Uhr. Lehrer: Alfred Thoma.

- 9. Wie verhält sich der Proletarier vor Polizei und Gericht? 4 Donnerstag-Vormittage, beginnend am 2. Februar, 10-12 Uhr. Lehrer: Rolf Kunze.

- 10. Redner-Schule. (Die Technik des Redens mit praktischen Dispositionen und Referat-Übungen.) 5 Dienstag-Nachmittage, beginnend am Dienstag, 14. Februar, 18-17,30 Uhr. Lehrer: Alfred Thoma.

Abteilung C: Sprach- und Fachkurse

Neubeginnende Abendkurse:

- 11. Französisch für Anfänger. Jeden Montag, beginnend 30. Januar, 20,30-22 Uhr. Lehrer: Kawon.

Neubeginnende Tageskurse:

- 17. Russisch für Anfänger. Jeden Mittwoch, beginnend 1. Februar, 10-12 Uhr. Lehrer: Arvid Popla.

Laufende Abendkurse:

- 19. Französisch. Jeden Montag, 19-20,30 Uhr. Lehrer: Kawon.

Abteilung D: Freitag-Sonderveranstaltungen

- 1. Das Parteiprogramm der NSDAP. 8. Februar. Referent: Alfred Thoma.

- 2. Die politische, wirtschaftliche und geographische Struktur Sowjetrußlands. 1. Abend. 10. Februar. Referent: Flor.

- 3. Das Parteiprogramm der SPD. 17. Februar. Ref.: Max Felsen.

- 4. Die politische, wirtschaftliche und geographische Struktur Sowjetrußlands. 2. Abend. 24. Februar. Referent: Flor.

- 5. Das Parteiprogramm der KPD. 8. März. Ref.: Kurt Brenzel.

- 6. Maxim-Gorki-Abend. 10. März. Referent: Dose.

- 7. Die Pariser Kommune. 17. März. Referent: Udo Fischer.

- 8. Quartalsversammlung des Freundeskreises der Arbeiterschule. 24. März.

- 9. Die Sowjetunion im Kampf um den Frieden. 31. März.

- Abteilung E: Führungen

- Im Februar: Observatorium und „Funktunde“.

- Im März: Wasserbewertung und Anatomie.

Die Auswirkungen der Kreiszusammenlegung in Ohlau-Brieg

Erneute Belastung der werktätigen Massen — Nazi, SPD. und Bürgerliche in parlamentarischen Manövern — Außerparlamentarischer Massentampf ist notwendig

Ohlau. Die preussische Verwaltungsreform, welche die Zusammenlegung der Landkreise, so auch die Zusammenlegung der beiden Landkreise Ohlau und Brieg brachte, zeigt mit aller Deutlichkeit die Auswirkungen dieser „Sparmaßnahmen“ auf Kosten der breiten Massen.

Durch die Herabsetzung der Wohlfahrtsunterstützung, durch die Erhöhung der Kreissteuern und dadurch, daß die Werktätigen, wenn sie mit den Kreisbehörden in Verbindung treten müssen, ungeheuer erhöhte Fahrgehabausgaben haben, machen sich diese Auswirkungen bereits bemerkbar.

Schon ist für die Erwerbslosen des ehemaligen Kreises Ohlau zum 1. April 1933 die Herabsetzung der Wohlfahrtsunterstützung angekündigt worden. Die weitere Tatsache, daß infolge der Finanzlage der beiden Kreise eine erneute Erhöhung der Kreissteuern ohne weiteres eintreten muß, was zur Mehrbelastung der werktätigen Steuerzahler führt.

Dieses hat bereits zu einer starken Erbitterung der gesamten werktätigen Bevölkerung in diesem Gebiet geführt. Die Nazis sowie die SPD. und die übrigen bürgerlichen Parteien haben diese empörte Stimmung zum Anlaß genommen, um wieder einmal ein parlamentarische Scheinmanöver durchzuführen.

es ist, von unserem Standpunkt an die werktätigen Schichten heranzutreten, um sie gegen diese parlamentarischen Illusionen in den außerparlamentarischen Kampf gegen alle erneute Massenbelastungen zu führen.

Dieses muß jetzt mit aller Kraft nachgeholt werden. Den Werktätigen müssen wir aufzeigen, wie dieser Kampf geführt werden muß und unter welchen Forderungen. In geschlossener Einheitsfront müssen die Arbeiter, Erwerbslosen, Kleinbauern und die übrigen kleinen Mittelschichten auf den Plan treten und gegen alle Neubelastungen Front machen.

- 1. Gegen jeden Pfennig Unterstüßungsabbau, für die Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützungssätze nach den Möglichkeiten der Stadt Brieg.

- 2. Zahlung des Fahrgeldes für die Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen vom Wohnort zum Kreisitz und zurück, wenn dieselben verpflichtet sind dort zu erscheinen.

- 3. Gegen jede weitere Erhöhung der Steuern und gegen jede weitere Zwangsversteigerung.

- 4. Gegen jede weitere Zwangsversteigerung, und Übernahme der Mieten der Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen durch den Kreis.

An den gesamten Werktätigen wird es liegen, daß sie sich auf dieser Grundfrage zum Kampf zusammenfinden. Bereits haben in einigen Orten die Einwohner zu diesen Fragen Stellung genommen und ihren Willen gegen die Kreiszusammenlegung zum Ausdruck gebracht, damit kann aber die Kraft nicht erschöpft sein, sondern dieser Kampf muß jetzt verstärkt werden, er muß in der Linie liegen, daß von vornherein jegliche parlamentarischen Illusionen ausgemerzt werden.

An alle Kollegen im DMV!

Branchenversammlungen des DMV, Ortsverwaltung Breslau: Autoschlösser: Mittwoch, 18. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 9. Dreher und Revolverdreher: Mittwoch, 18. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 5.

Schmiede und Kesselschmiede: Mittwoch, 18. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8. Schweißer, Werkzeugmacher und Feilenhauer: Mittwoch, 18. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 17.

Sämtliche Versammlungen beginnen um 19,30 Uhr!

Verantwortlich für den politischen Teil, Probing und Lokales: Walter Sucha; Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Henrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Calla, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Zedlitzer Straße 50.

Pfänderversteigerung

Berliner Platz 2 am Donnerstag, dem 19. Januar 1933 vormittags 9 Uhr gelbe Scheine bis Nr. 100 000 Bietungskaution RM. 10.—

Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau, G. m. b. H. Gubert

Reisege wandte

Vertreter (innen) (Arbeitslose) zum Besuch von Viehhaltern gesucht. Provision wird sofort ausgezahlt. Offerte Düsseldorf, Postfach 266.

Breslauer Erwerbslose, herhören!

Lange genug hat man unsere Unterstützung gekürzt und mit Verordnungen unsere Suppe gewürzt. Macht Schluß mit dem Elend, dem Hunger, der Not! Kämpft mit uns für Kartoffeln, Kohle und Brot!

Darum Erwerbslose!

Heraus zur Kundgebung am Donnerstag, 19. Januar, 15 Uhr, auf dem Neumarkt

Auftreten um 14 Uhr an den bekannten Stellplätzen in den einzelnen Stadtteilen

Der zentrale Erwerbslosenausschuß Groß-Breslau

England betreibt Aufstellung Chinas

Auffstand in der chinesischen Provinz Sinkiang

Schanghai, 18. Januar. Im Bezirk Turfan, in der chinesischen Provinz Sinkiang an der Grenze von Tibet und Sowjet-Turkestan, ist ein großer Isamiten-Aufstand gegen die chinesische Regierung ausgebrochen, der von den tibetanischen Truppen offen unterstützt wird. Die Aufständischen marschieren auf die Provinzhauptstadt Urumtschi.

Bei diesem Aufstand handelt es sich um einen Teil der imperialistischen Bestrebungen Englands an der tibetanischen Grenze Chinas. England, das die Vorherrschaft in Tibet besitzt, betreibt von dort aus seit langem die Eroberung großer chinesischer Provinzen, und man spricht sogar davon, daß Abmachungen zwischen England und Japan bestehen, wonach diese sich gegenseitig in ihren Bestrebungen zur Aufstellung Chinas nicht hindern wollen. Die Eroberung der chinesischen Provinzen Szechuan und Singking soll in ähnlicher Weise einen Wall zwischen die Sowjetunion und China ziehen, wie im Norden die Okkupation der Mandchurien durch Japan.

Bauernstreik in Frankreich

Paris, 18. Januar. In einem regelrechten Bauernaufrührer kam es am Sonntag in Chartres, einer Stadt im Westen von Paris. Über 4000 Bauern veranstalteten eine Protestkundgebung, da sie durch die Agrarpolitik der französischen Regierung ruiniert werden. Nach dieser Kundgebung marschierten sie geschlossen zur Polizeipräfektur, wo man in Erwartung der Kundgebung alle Eingänge sorgfältig geschlossen hatte. Trotz eines starken Polizeiaufgebots gelang es den Demonstranten aber, die Tore zu sprengen und bis in das Büro des Polizeipräsidenten vorzudringen. Sie forderten von ihm, daß er sofort an die Regierung telephoniere, um die Forderungen der Bauern mitzuteilen. Sie erklärten, daß sie die Kundgebung wiederholen würden, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt würden.

Textilarbeiterstreik in Armentières wird fortgesetzt

Paris, 18. Januar. Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaftsführern und Unternehmern in Armentières wurden abgebrochen. Die Unternehmer lehnen alle Forderungen der Arbeiter rundweg ab. Die Textilarbeiter haben daraufhin beschlossen, den Streik fortzuführen und zu verschärfen.

Gerüchte über Mobilmachung in Ungarn

In Prag wurden Gerüchte verbreitet, deren Ton lebhaft an die Tage vor dem Kriegsausbruch im Jahre 1914 erinnert. Es hieß, daß die ungarische Regierung eine Verordnung herausgegeben habe, durch die alle Reservisten zum 8. März einberufen werden und die Ausstellungen von Reservisten an männliche Personen von 18 bis 36 Jahren unterlagt wird. Die ungarische Gesandtschaft dementiert diese Gerüchte. Sie sind aber trotzdem für die enorme Spannung zwischen den imperialistischen Mächten außerordentlich charakteristisch.

Frühe Arbeitslosenführer eingekerkert

Belfast, 14. Januar. Vier Führer der hiesigen Arbeitslosenbewegung, die sich weigerten, Garantien für ihr „Wohlverhalten“ zu geben, wurden zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung erfolgte auf Grund eines 600 Jahre alten Präzedenzgesetzes, demzufolge bekanntlich auch der greise Arbeiterführer Genosse Tom Man ins Gefängnis gesetzt wurde.

Völkerbund offen für Japan

Ein Entschließungsentwurf des Neunzehnerausschusses — So handelt die von den SPD-Führern gepriesene „Friedensorganisation“

Genf, 16. Januar. Während in Nordchina die japanische Soldateska die Städte verwüßt und tausende Werttätige mordet, hat der Völkerbund keine Tätigkeit wieder aufgenommen und seine Maske völlig abgelegt. Der Neunzehner-Ausschuß des Völkerbundes hat einen Entschließungsentwurf ausgearbeitet, der alle japanischen Forderungen restlos erfüllt und den Raubzug des japanischen Imperialismus in China „legalisiert“. Sämtliche Abänderungsanträge der chinesischen Delegation zu den früheren Entschließungen der Neunzehner-Kommission sind unberücksichtigt gelassen worden. Der Völkerbundssekretär Eric Drummond hat vielmehr eine Entschließung vorgelegt, in der auf die Forderung Japans hin von dem Valentinian Mandchukuo überhaupt keine Rede mehr ist — bekanntlich wurde in der früheren Resolution ausgeführt, daß der Mandchukuan nicht anerkannt werden könne —, und auch die Forderung der Japaner, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion nicht in die Verhandlungen einbezogen werden sollen, ist in dem neuen Entschließungsentwurf restlos berücksichtigt worden. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die japanische Delegation, wie mitgeteilt wird, ihre Zustimmung zu diesem schamlosen Entschließungsentwurf gegeben hat. Dagegen haben die Vertreter Chinas gegen diese Entschließung den schärfsten Protest erhoben.

„Völkerbund muß handeln“ — so schrieb der „Vorwärts“ noch vor wenigen Tagen über alle vier Spalten seiner Zeitung. Der Völkerbund handelt, er handelt, indem er nunmehr nicht nur verstedt, sondern offen und unverhüllt für den japanischen Raubzug in China Stellung nimmt und sich als Raubinstrument der Imperialisten demaskiert. Die sozialdemokratischen Führer wußten sehr gut im voraus, daß der Völkerbund nicht anders handeln wird. Ihr demagogisches Geschrei sollte nur neue Illusionen unter den Arbeitern hervorzurufen, besonders auch unter den sozialdemokratischen Arbeitern, die sich im wachsenden Maße über die wahre Rolle dieser Genfer „Friedensinstitution“ im klaren werden. Der Entschließungsentwurf der Neunzehner-Kommission muß auch den letzten Zweifel, die letzten Illusionen, die von den sozialdemokratischen Führern krampfhaft verbreitet werden, beseitigen. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die erkennen, daß vom Fernen Osten her der Weltkrieg droht, müssen auch wissen, daß nur die geeinte Front der Arbeiterklasse allein imstande ist, diese furchtbare Gefahr durch einen geschlossenen Kampf abzuwehren. Nicht der imperialistische Völkerbund, an den die SPD-Führer appellieren, sondern das in Antwerpen gewählte Internationale Antikriegs-Komitee zeigt mit seinem Kampfbefehl den Weg, wie die imperialistischen Kriegsverbrecher geschlagen werden können.

Der tschechische Außenminister droht:

„Revision bedeutet Krieg!“

Die Beschlüsse der Essener Konferenz zeigen den Weg zum siegreichen Kampf gegen die Kriegstreiber und zur Vernichtung des Versailler Systems

Prag, 16. Januar. Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch hielt im Auswärtigen Kammerausschuß eine große Rede über die Außenpolitik der tschechoslowakischen Regierung. Diese Rede stand ganz im Zeichen des verschärften Kampfes der Versailler Mächte um die Aufrechterhaltung des Versailler Systems und aller räuberischen Friedensverträge von 1919. Unter anderem kam Benesch auf die „Revisionswelle in verschiedenen Ländern“ zu sprechen, gegen die er sich aufs Schärfste wandte. Er führte über diesen Punkt aus:

„Es gibt revisionistische Kampagnen, die insbesondere die Grenzfragen betreffen. Jeder verantwortliche Politiker muß sich des Ernstes der Lage bewußt sein, wenn in gewissen Fragen die Integrität eines Staates in territorialer Beziehung berührt wird. Das ist eine der vitalsten Fragen, die ein Staat besitzt und die wir nicht aufgeben dürfen. In Bezug auf Ungarn erklärte Benesch: „Trotz aller Revisionsregungen und Propaganda bin ich überzeugt, daß unsere Politik nach dieser Richtung triumphieren wird.“

Hier ist eine Gefahr, welche bis zum Kriege führen könnte.

Ich will offen zu ihnen und zu der Öffentlichkeit sprechen: Ich habe keine Ursache, dies zu verheimlichen, ich sage, daß dies so ist und behaupte, daß eine solche Kampagne imstande ist, den Frieden zu gefährden.“ In Bezug auf Ungarn erklärte Benesch: „Trotz aller Revisionsregungen und Propaganda bin ich überzeugt, daß unsere Politik nach dieser Richtung triumphieren wird.“

Die Sprache, die der Außenminister des tschechischen Imperialismus führt, ist deutlich genug, um zu zeigen, wie offen die imperialistischen Regierungen mit einem neuen Kriege rechnen.

Diese Rede zeigt erneut, daß der Versailler Vertrag, der ganz Europa balkaniserte, die Wurzel eines neuen imperialistischen Völkermordes ist. In Deutschland sowohl wie in Ungarn treiben die herrschenden Klassen eine abenteuerliche imperialistische Kriegspolitik und die Antwort der Versailler Mächte — denn Benesch spricht nicht nur für die Tschechoslowakei, sondern auch für Frankreich — ist: Territoriale Revision bedeutet Krieg. Mit diesen Worten erklären die Versailler Imperialisten ihre unbedingte Bereitschaft, koste es, was es wolle, das Versailler System als die Grundlage ihrer Vormachtstellung und Herrschaft mit Kanonen zu verteidigen.

Auf der Essener Konferenz der Kommunistischen Parteien zeigte gerade der Vertreter der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei die besondere Rolle des tschechischen Imperialismus im Kampf um die Aufrechterhaltung des Versailler Systems. Er machte die Konferenz auf die stark anwachsende Kriegsgefahr im Donau-Raum zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn aufmerksam, und die Beschlüsse der Essener Konferenz zeigen diese Gefahr als einen wichtigen Knotenpunkt des neuen imperialistischen Weltkrieges auf. Der Vertreter der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei schilderte aber auch den heldenhaften Kampf der Arbeiter dieses Landes gegen den tschechischen Imperialismus, gegen die soziale und nationale Unterdrückung. Die Werttätigen der Tschechoslowakei, die von unserer Bruderpartei zum Kampf gegen die tschechische Bourgeoisie geführt werden, das sind die Verbündeten des deutschen Proletariats im Kampf gegen das Versailler System. Die Kriegspolitik des deutschen und ungarischen Faschismus führt zum Völkermord, nur unser sozialer und nationaler Befreiungskampf im Bunde mit den Arbeitern Frankreichs, der Tschechoslowakei und Polens kann das schandwürdige Versailler System endgültig vernichten.

Zwischen Tanks und Stacheldraht

WILLY HARZHEIM

ERZÄHLUNG AUS DEN TAGEN DER RUHRBESETZUNG

7. Fortsetzung.

Die Soldaten führen Schweiffelt zum Rathaus hin, wo die Kommandantur untergebracht ist. Franz Hallig stellt sich auf die gegenüberliegende Seite und wartet. Das Warten macht ihn ruhiger.

„Sie werden ihn sicher wieder freilassen. Er wird sagen, er weiß von nichts, irgend jemand hat ihm die Zeitungen gegeben. Er wußte nicht, was draußstand. Ja natürlich, sie werden ihm glauben und wieder freilassen.“

Franz Hallig wartet, wartet auf die Erfüllung seines Wunsches. Er kann und will nicht die harten Folgerungen aus der wirklichen Begebenheit ziehen.

Um eine Erfahrung reicher wird er, als er Rudi Schweiffelt aus der Kommandantur herauskommen sieht. Drei finstere dreinblickende Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr haben ihn in der Mitte. Sein Gesicht ist blutüberströmt. Die Nase ist ein blutiger matschiger Brei. Über seine Augen läuft Blut. Die Soldaten halten ihn an gefesselten Händen und führen Schweiffelt, der bei jedem Schritt wankt, zu einem geschlossenen Auto. Ein kurzes Signal, das Auto fährt ab.

„Sie haben ihn geschlagen! Sie haben ihn geschlagen! Sie haben ihn geschlagen, weil sie alles wissen! Die Zeitungen müssen weg!“

Franz Hallig läuft den kürzesten Weg durch Gassen, über Höfe und Gärten zu Schweiffelts Wohnung.

„Wenn bloß Rudis Mutter zu Hause ist!“

„Gott sei Dank!“ atmet er auf, als auf sein Klopfen Schweiffelts Mutter „Herein!“ ruft.

Süßlich geordnet liegen die Zeitungen, Plakate und Flugblätter noch auf dem Tisch. Franz wirft alles durcheinander und schnürt ein Paket. Frau Schweiffelt steht neben dem Tisch und sagt kein Wort.

„Gut, daß sie nichts sagt, ich werd es ihr noch früh genug sagen!“

Erst als er die Türklinke in der Hand hält, sagt Hallig: „Die Belgier werden nachher raufkommen! Nichts sagen! Hören Sie, nichts sagen! Es war nichts hier! Ich war nie hier! Hören Sie?“

Frau Schweiffelt nickt. Sie ahnt, daß etwas passiert sein muß und fragt danach.

„Die Belgier haben Rudi verhaftet“, sagt Hallig kurz und schließt sich schnell zur Tür hinaus. Auf den Treppenhör hört er Frau Schweiffelts weinende Stimme, die auf polnisch jammert: „Mein Gott — mein Gott, oje!“

Zu Hause sucht Hallig nach einem sicheren Versteck. Nirgends liegt das gefährliche Paket ihm sicher genug. Nun sitzt er mit dem Paket wieder in der Küche und weiß nicht, wohin damit. Seine Mutter ist es, die ihm ein sicheres Versteck zeigt. Sie nimmt den leeren Kessel, schüttet eine kleine Menge Kartoffelschalen hinein, legt das Paket hinein, schütte auch obenauf Kartoffelschalen und stellt den Kessel auf die hintere Ofenplatte.

„Wenn jemand kommt, stell ich den Kessel nach vorn. Wer wird in dem Kessel, der da auf der heißen Platte steht, Zeitungen vermuten?“

Früh am Abend geht Hallig in die Nähe von Schweiffelts Wohnung und fragt einige Jungen, was denn heute nachmittags losgewesen sei, er hätte gehört...

„Das weißt du nicht? Die Belgier sind in Schweiffelts Wohnung gewesen und haben nach Zeitungen gesucht. Haben aber keine gefunden!“

„Wir werden denen heute nacht schon Zeitungen geben!“ denkt Hallig. „Jetzt geh ich Karl und Emil Bescheid sagen.“

Die beiden Genossen waren gerade auf dem Wege zu ihm. Von der Verhaftung hatten sie schon gehört.

„Mensch, Franz, erzähl uns mal richtig, was los war. Da wird ja ein Krampf erzählt.“

Hallig erzählt ihnen von der Verhaftung und auch von der Konferenz in Weibert. „Und wißt ihr, wenn wir heute nacht fliehen gehen, dann wird Rudi dadurch entlastet.“

„Aber feste muß geklebt werden. Ich bring noch welche mit.“

„Ne, laß nur. Den Fritz und Anton, sonst niemand. Von unserer Sache brauchen nicht alle zu wissen. Auch ihr müßt darüber den Mund halten. Auch wenn Genossen euch fragen, ihr wißt von nichts. Karl, du machst den Klebter fertig, einen großen Lopp voll. Wir treffen uns bei mir. Kommt aber nicht in Grubenlöchern, zieht euch Dachdeckerschuhe an!“

Zwischen Tanks und Stacheldraht.

Dunkel ist die Nacht, windig und kühl. Schwerm bewaffnete Patrouillen gehen durch die Straßen. Nur ihre Schritte sind zu hören und in der Nähe der Zechen ein dumpfes Rumoren der Nachtschicht. Vom Kirchturm, der noch höher ist wie der Stinnes-Schornstein, klingen langsam verhallend zwei Glockenschläge.

In einem Torbogen nahe der Schule glimmen Zigaretten auf. Eine flüsternde Stimme spricht: „Nehmt zuerst die ganzen Schulmauern voll. Wenn ihr wiederkommt, gehen wir hin und werfen die Zeitungen über die Mauer. Wir passen auf das Wachhäuschen auf, und paßt ihr da hinten an der Mauer auf, die haben da Stacheldraht gespannt!“

Drei Gestalten gehen mit lautlosen Schritten aus dem Torbogen ins Dunkel hinein. — Klapperte da nicht ein Fenster? Kamen da nicht Schritte? Steht der Soldat immer noch in seinem Wachhaus?

Alles bleibt still. Nur die Bäume auf den Schulhöfen rauschen im Winde. —

Wieder flüstern Stimmen im Torbogen: „Wir sind fertig mit 'm Kleben, jetzt geht ihr los!“ —

Der Wind ist ein guter Helfer. Kräftig bläst er die Bündel Zeitungen, die über die Mauer geworfen worden sind, auseinander. Auf drei Schulhöfen liegen hunderte Zeitungen umher. —

Zwischen der Steinhalde und einem zugesähteten Graben liegt der Fußballplatz. An der linken Seite stehen mannshohe Abflughöhle. Bei Tage spielen Kinder an diesem Plage gerne Versteckspiel. Sie kriechen in die Röhre, stecken ihren Kopf heraus und rufen: „Wo bin ich? Such mich!“

Wie große, von der Steinhalde heruntergerollte Felsblöcke liegen die Röhre jetzt in der Nacht da. Aber ist es nicht, als haben sich auch jetzt wiederholt Köpfe über dem Rand der Röhre? Rufen nicht auch sie: „Such! Wo bin ich?“ Nein, die Augen schauen starr unterm Mügentrand hinweg ins Dunkel. Der Kopf, etwas zur Seite geneigt, lauscht angestrengt in die Ferne. „Pst!“ zischt einer. Die Köpfe tauchen unter. Von beiden Seiten kommen schwere Schritte. Hier an den Röhren treffen sich alle zehn Minuten die zwei Patrouillen der Tankwache. Sie unterhalten sich ein wenig und gehen wieder auseinander. Eine Minute, sie sind weg, da springen sechs Jungens aus den Röhren und laufen geduckt auf die Tanks zu. —

(Fortsetzung folgt)

RUND UM DEN ERDBALL

Grippeepidemie in Deutschland

Hunger und Not der Boden, auf dem die Epidemie gedeiht

Nach Mitteilungen des Hauptgesundheitsamtes der Stadt Berlin ist es ganz plötzlich zum Ausbruch einer schweren Grippeepidemie in der Reichshauptstadt und in vielen anderen Städten Deutschlands gekommen. Buchstäblich über Nacht ist diese gefährliche Krankheit wieder in die Wohnungen der Werktätigen eingezogen. Schon wird amtlicherseits eine starke Zunahme der Erkrankungszahl der Krankenhäuser gemeldet. Schon wieder verliert das Hauptgesundheitsamt die der Bevölkerung drohenden Gefahren abzuleugnen. Die sanitären und hygienischen Schutzmaßnahmen der Stadt Berlin seien geeignet, der Ausbreitung der Seuche einen Damm entgegenzusetzen.

Bisher ist nichts Ernsthaftes unternommen worden, um der großen Gefahr zu begegnen; und daß diese nicht unterschätzt werden darf, geht daraus hervor, daß noch immer in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Not die Grippeepidemien zahllose Opfer gefordert haben. Im Winter 1917/18 forderte die Seuche mit ihren Folgekrankheiten (vor allem Lungen- und Mittelohrentzündung) 25 Prozent Todesopfer. Jeder vierte Mensch starb an den Folgen der Krankheit. Im Jahre 1923/24 war es vor allem die Hirn- und Hirnhautentzündung, die fast immer tödlich endete. Zehn Prozent der Erkrankten starben. Die Epidemien der Jahre 1928/29 und 1930 sind noch allen in frischer Erinnerung. Schon damals zeigte, obwohl die Sterblichkeit unter 10 Prozent war, daß die sanitären und Krankenheusanlagen Berlins lange nicht ausreichten, um die schweren Gefahren, denen die Bevölkerung ausgesetzt war, zu begegnen.

Der unumkehrbare Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Lage und der Schwere und Ausbreitung einer Seuche kann nicht mehr geleugnet werden. Je schlechter es der werktätigen Bevölkerung geht, desto größer sind die Gefahren einer solchen Epidemie. Die Unter-

nahrung, die mangelhafte Bekleidung, der unzureichende Wohnraum, liefern die Voraussetzungen für die Weitertragung der Erkrankung. Und in einem durch Not und Entbehrung geschwächten Körper, dessen natürliche Widerstandskraft im Kampf um das bloße Dasein geschwächt oder erschöpft ist, wütet die Krankheit nur um so gefährlicher.

In den Zeitungsberichten wird jetzt versucht, den Witterungsumschlag die Hauptschuld für das Wiederauftreten der Seuche zuzuschreiben. Gewiß spielt dieser auch eine nicht unbedeutende Rolle, der wir natürlich machtlos gegenüberstehen. Anders aber ist es mit all' den Faktoren, die wir direkt beeinflussen können. Die

sofortige Bereitstellung von Nahrungsmittelunterstützung, Heizmaterial und warmer Bekleidung, die Zuweisung von geräumigen Wohnungen an alle Obdachlosen und alle Werktätigen, die über ungenügende und schlechte Wohnräume verfügen, die kostenlose Überweisung aller Kranken, ganz gleich ob Kassenmitglieder, Wohlfahrtsempfänger oder Familienversicherte, in die Krankenhäuser, die kostenlose Verabfolgung von Arzneimitteln und ärztlicher Hilfe in ausreichendem Maße, kann der Ausbreitung der Epidemie noch Einhalt gebieten.

Die Vermeidung derartiger Seuchen in Zukunft ist aber nur möglich bei einer radikalen Änderung der Gesellschaftsordnung. Erst wenn Leben und Gesundheit der werktätigen Bevölkerung, wie jetzt schon in der Sowjetunion, oberster Zweck aller Regierungsmaßnahmen sein werden, erst wenn alle Menschen Arbeit und Brot haben werden, dann wird es derartige Gesundheitskatastrophen, deren eine wir in den nächsten Wochen zu erwarten haben, nicht mehr geben.

Dr. med. Wilhelm Swienty.

Arbeitslosennot in USA.

Die Not und das Elend in den Vereinigten Staaten ist ungeheuer. Unser Bild zeigt Arbeits- und Obdachlose vor einem der Elendsasyle in Newyork, der reichsten kapitalistischen Stadt der Welt.



Abwracken und Aufbau

11. Danzig, 16. Januar. Am Sonnabend ist der 8000 Bruttoregistertonnen große Dampfer „Dort“ des Norddeutschen Lloyd, von Bremen kommend, auf der Danziger Schichau-Werft eingetroffen. Dieser Fracht- und Passagierdampfer für die Ueberseeahrt ist in den Jahren 1906 bis 1907 auf der Danziger Schichau-Werft gebaut worden. Er hat als zweites Abwrackschiff (als erstes ist die „Santa Fe“ eingetroffen und bereits in Abwrackarbeit) in der Toten Weichsel vor dem Schiffshelling der Schichau-Werft festgemacht. Durch die Abwrackarbeiten erhält die Schichau-Werft für etwa ein Jahr Beschäftigung. Im übrigen arbeitet sie an den beiden Rad-dampfern für Sowjetrußland, die bereits in den Spanten stehen.

Diese Meldung der Telegraphen-Union belagt mehr als ganze Bände es tun können. Für Deutschland wird abgewrackt, für die Sowjetunion aufgebaut.

Zwei russische Eisbrecher haben den in Not befindlichen Eisbrecher „Rajgin“ erreicht. Die Rettungsarbeiten werden durch den ununterbrochenen Sturm sehr behindert.

Spiegel der Ereignisse

Ein seltener Unglücksfall

Barel (Odenburg), 16. Januar. Ein seltener Unglücksfall, der zwei Menschenleben kostete, ereignete sich am Sonntagabend in Barel. Im Barel Krankenhaus hatte der Arzt Dr. Bufen gegen 18.45 Uhr an dem 25jährigen Patienten Buscher eine Operation vorzunehmen, um einen Kinnabsatz zu entfernen. Hierbei entdeckte Dr. Bufen eine starke Eiterung im Halss des Patienten, die nach vorn durchzudringen drohte. Wäre diese Eiterung nicht geschnitten worden, so wäre der Erstickungstod eingetreten. Während dieser etwa eine Stunde in Anspruch nehmenden Operation, wurde Dr. Bufen von einem plötzlichen Unwohlsein befallen. Er begab sich in ein anderes Zimmer, wo er von einer Dienerin befallen wurde. Wenig später verschied er an einem Herzschlag. Ein zweiter Arzt konnte den Patienten nicht mehr retten, so daß Buscher infolge Verblutung ebenfalls verstarb.

Es besteht auch die Möglichkeit, daß sich Dr. Bufen bei der Operation eine Blutvergiftung zugezogen hat, da er eine kleine Wunde an der Hand aufwies und über Schmerzen in der Hand klagte. Dr. Bufen war 38 Jahre alt und schon seit mehreren Jahren im Barel Krankenhaus tätig.

Aus 9000 Meter Höhe abgestürzt

Paris, 16. Januar. Bei einem Versuchsflug der Flugzeugwerke von Penhoel bei St. Nazaire stürzte ein Flugzeug aus 9000 Meter Höhe ab. Der Pilot wurde tot aufgefunden. Der Kontrollauschuss, der dem Unfall behauchte, nimmt an, daß der Pilot einen Herzschlag erlitten hat, da man ohne jeden ersichtlichen Grund das Flugzeug spiralförmig abstürzen sah, ohne daß der Führer den Versuch gemacht hätte, die Maschine wieder aufzufangen.

Ein Vater geht mit seinen zwei Söhnen in den Tod

Münberg, 16. Januar. In seiner Wohnung in der Holzgartenstraße, wurde am Montagvormittag der verwitwete Fabrikant von Jutzgenka mit seiner beiden Söhnen im Alter von 12 und 14 Jahren, mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Von Jutzgenka hatte den Gas Schlauch in das Schlafzimmer seiner Kinder geleitet und sich dann ins Bett gelegt. Das Motiv zu der Tat ist noch unbekannt.

Der Zug von Stendal nach Berlin überfuhr beim Bahnhof Hemenzen einen mit sechs von einem Vergnüglichen heimkehrenden Personen besetzten Einspanner. Drei Personen wurden getötet, die anderen schwer verletzt.

Beim Umgraben des Erdbodens auf einem jetzt abgebrochenen Hause fand man in Zielenzig das Skelett eines jungen, sehr großen Mannes. Die Leiche muß in der Erde vergraben und mit einer Ziegelsteineinlage bedeckt worden sein.

In Chile sind infolge der Verteuerung der Benzinpreise die Autobusangestellten, insgesamt 30 000, in den Ausstand getreten.

In Oberitalien geht seit 24 Stunden starker Schneefall nieder. In Mailand mußten den ganzen Tag über Schneepflüge die Straßenbahngleise und die Straßen freihalten.

Glosse vom Tage

Ballast oder Mitläufer?

Verzeihen Sie, Herr Mitläufer, möchten Sie nicht wieder einmal Ballast werden — wenn auch nur für kurze Zeit? Sie sind uns eine süße Last und diesmal führen wir Sie bestimmt, wenn nicht ins dritte Reich, so doch ins Himmelreich.

Wer Ballast und Mitläufer ist? Als am 6. November 2 Millionen Wähler Hitler den Rücken lehrten, erklärte am nächsten Tage die Nazipresse, daß die Nazi-Partei nunmehr erleichtert auf dem Weg zum Reich ist. Man sei froh und glücklich, diesen Ballast losgeworden zu sein.

Nun fanden in Lippe die Landtagswahlen statt. Die Nazis schoben ihre schweren Kanonen und auch die leichten Geschütze in Lippe auf. Hitler selbst reiste von Dorf zu Dorf. Man ging zu jedem Bürger ins Haus und warb um seine Stimme. Man versprach ihm, daß diesmal in Lippe das dritte Reich Wirklichkeit werde.

Ein Teil der Wähler ging noch einmal auf den Leim. Nun steht die Frage: Am 6. November waren diese Wähler, die man mit dem schönen Titel Mitläufer krönte, Ballast losgeworden zu sein man angeblich froh und glücklich war. Was aber sind diese Wähler heute, nachdem sie noch einmal für die Nazis gestimmt haben? Sind sie Ballast oder Mitläufer? Eine dementsprechende Erklärung der Nazipresse steht noch aus.

Der Erfinder der Schnellpresse

Vor hundert Jahren gestorben — Kaiser und Könige als „Förderer“ von Talenten

Am 17. Januar 1833 starb Friedrich König, einer der größten Erfinder seiner Zeit. Als Sohn eines Bauern war Friedrich König am 17. April 1774 in Eisleben geboren worden. Aber der Beruf des Landmanns war nichts für ihn, und auf seine hingenden Pfiten hin hatten ihn die Eltern als Lehrling in eine Leipziger Druckerei gegeben. Schon früh fiel der nachdenkliche Junge seinem Lehrherrn auf. In seinen Ruhestunden hatte Friedrich König darüber nachgedacht, wie man wohl die damals übliche Arbeit mit der Handpresse verbessern könnte. In seinen Nächten entwarf er Zeichnungen für eine mechanische Schnellpresse, die aber nach dem alten Prinzip der Handpresse konstruiert waren. Wie alle Erfinder, konnte Friedrich König zunächst keinen Geldmann finden. Deshalb gab aber der junge Erfinder den Mut nicht auf. Mit Kühnem Entschluß wandte er sich direkt an den Zaren von Rußland. Tatsächlich hatte er das Glück, mit seinem Brief Beachtung zu finden. Er wurde sogar nach Petersburg eingeladen, um dort Vortrag zu halten. Aber auch diese Pläne zerbrachen sich, und so wandte sich denn der termüßliche Erfinder nach England. Fast aller Mittel entblößt, kam er dort an, und er mußte oft hungern, bis es ihm wirklich lang, einen maßgebenden Buchdrucker für seinen Plan zu gewinnen.

Im Jahre 1809 hatte König eine Negeldruckmaschine erfinden lassen. 1811 wurde nach seinem Plan die erste Druckmaschine mit zylindrischem Druck hergestellt. Da ihre Leistung aber der Handpresse nicht allzu viel überlegen war, lohnten, nach Ansicht der Fachleute, die teuren Herstellungskosten nicht. Neue Jahre des Überlegens und Grübelns folgten. Verbesserungen wurden erdacht, durch die die Leistung der Maschine verdoppelt wurde. Der Besitzer der „Times“ erkannte mit Scharfblick die Bedeutung der Erfindung, er bestellte zwei Maschinen. Aber noch immer mußten die Maschinen verbessert werden, und als König sich mit dem Mechaniker Bauer verbündete, gelang es ihm, seine Erfindung

durchzuführen. In England wurde er durch betrügerische Manipulationen um seinen Verdienst gebracht. Gemeinsam mit Bauer gründete er in Oberzell bei Würzburg im Jahre 1818 die Maschinenfabrik König und Bauer. Anfangs waren mancher-



lei Schwierigkeiten zu überwinden, bald aber liefen Aufträge nicht nur aus Deutschland, sondern aus allen Weltteilen ein. Friedrich König hat sich nicht mehr lange dieses Erfolges erfreuen können, er starb am 17. Januar 1833 in Oberzell.

Die Königswürter

von
Wacław
Gasiński

Bis zum XVI. Jahrhundert durchlebte Rußland dieselben blutigen Zeiten des Feudalismus wie Europa.

Der Königsraub blühte und gedieh.
Erst das XVI. Jahrhundert scharte Rußland unter das alleinige Eroberungszepter der moskowsischen Zaren. Das XVI. Jahrhundert bedeutete tatsächlich den eigentlichen Anfang des heutigen Rußlands, und Iwan der Schreckliche bringt erst den

äußere, richtete er eine Geheimkanzlei ein, die die Herrschaft der Romanows sicherte.

Alexis starb im Jahre 1676 und hinterließ von zwei Frauen drei Söhne und sechs Töchter; es konnte also scheinen, daß das Blut der Romanows für so manche Dynastie ausreichen würde, inzwischen sollte es bereits in der dritten Generation verjagen.

Nach Alexis bestieg sein ältester Sohn Feodor den Thron, doch er starb bereits im sechsten Jahre seiner Regierung „plötzlich“ in der Blüte der Jahre.

Mit dem Tode Feodors beginnt die Herrschaft der politischen Morde und des Königsraubs in Rußland, wie in den besten Zeiten des Feudalismus. Prinzessin Sophie hat die politischen Morde eingeführt, Peter der Große hat sie für ewige Zeiten befestigt.

Feodor wollte angeblich nicht seinen Bruder Iwan, sondern den jüngsten Bruder, Peter, zu seinem Nachfolger haben. Dieses die Nachfolgerschaft betreffende Gerücht wurde von den Bojaren Marschkinow unterstützt, weil Peter der Sohn der zweiten Gemahlin Alexis', einer Marschkinin, war. Aber Wassilij Galizin, ein Günstling Feodors, wollte auf seine Macht nicht verzichten und verübte ein Attentat zugunsten der Prinzessin Sophie, die seine Geliebte war. Die Marschkinow wurden im Kremel umringt und niedergemetzelt. Iwan wurde zum Zaren ernannt, Peter zum Thronfolger und Prinzessin Sophie zur Regentin. Aber in der Tat herrschte ihr Geliebter, Galizin, nachdem Sophie die Regierung übernommen hatte, beschloß Galizin, die Regierung der Regentin zu festigen. Der schwächliche und nachgiebige Zar Iwan bot nur eine geringe Gefahr, und man prophezeite ihm übrigens kein langes Leben. — Peter war dagegen nicht nur ein starker und gesunder Jüngling, sondern er verriet schon jetzt Neigung zur Intrige. Galizin beschloß, sich seiner zu entledigen und gewann die sogenannten Schützen, eine reguläre Heertruppe, die in damaligen Zeiten die entscheidende, stets geschlossene Kraft darstellte. Aber der junge Peter verstand es, Galizin zuvorkommen, er verhaftete seine Stiefschwester, die Regentin, ließ seinen Bruder, den Zaren Iwan I. bewachen, schickte Galizin nach Archangelsk an den Nordpol und richtete unter den Schützen ein Blutbad an.

Das geschah sieben Jahre nach Festsetzung der Regentenschaft durch Sophie, also im Jahre 1689. Zar Iwan nahm zwar den Thron ein, aber Peter verstand ihn so streng zu bewachen, daß keiner der Untertanen Iwan zu sehen bekam. Schließlich, im Jahre 1698, starb Iwan V., nach der Geschichtsschreibung ebenfalls „plötzlich“. Er hinterließ zwei minderjährige Töchter.

Peter ernannte sich jetzt zum Zaren; da seine in einem Moskauer Kloster gefangen gehaltene Schwester Sophie ihn noch beunruhigte, so starb auch diese, ebenfalls „plötzlich“, im Jahre 1704. Neben diesem legten „plötzlich“ verzeichneten die genaueren, doch weniger offiziellen Geschichtsschreiber den Zusatz „ermürgt“.

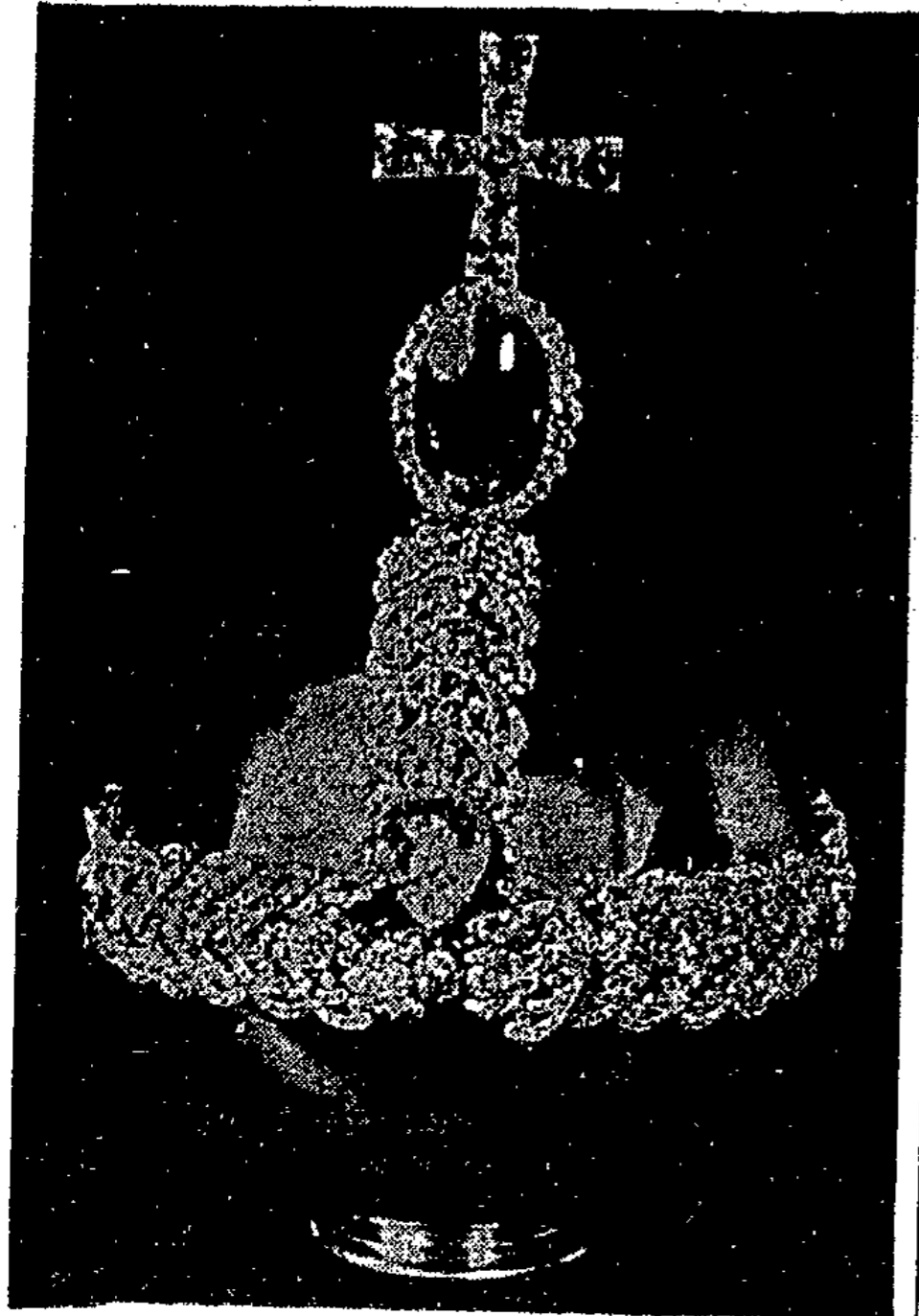
Auf diese Weise sah das XVIII. Jahrhundert auf dem russischen Thron nicht nur einen echten Romanow, nicht nur einen jungen Königsräuber, sondern auch einen Monarchen, der seinen Namen berühmt gemacht hat, den Zaren Peter den Großen.

Jrgend ein Schriftsteller hat die Bemerkung gemacht, daß Peter außer dem Beinamen der „große“, die Bezeichnung „Schurke“ führen müßte — und nur der Kürze wegen der „Große“ genannt würde. Diese Bosheit ist so tief begründet, daß man es wirklich nicht fassen kann, wie kritisch manche sich bemühen, dem Zaren Peter zivilisatorische Verdienste zuzuschreiben!

Peter I. hat Reifen unternommen, hat nach zeitgenössischem Zeugnis etwas gelernt und sein Land europäisiert! Ja, aber Europa belag im Anfang des XVIII. Jahrhunderts nicht viele Kulturerrungenschaften, besonders hatten die preußisch-deutschen Staaten und Kleinstaaten keine solche zu verzeichnen. In der Tat lag Peter nicht das geringste an dem wirklichen Aufblühen der Kultur, er wollte seine Kenntnisse vielmehr für die Festigung der Autokratie und des Despotismus verwenden.

Die Reformen Peters I. begannen mit der Bekämpfung der in Rußland seit Jahrhunderten eingefahrenen republikanischen Ideen, die in dem benachbarten Polen einen Stützpunkt hatte. Peter hob also die frühere Wählbarkeit der Beamten und Richter auf, führte Kasten ein, bildete vierzehn Beamtentklassen und trübte schließlich sein Reformwerk, indem er die Bauern zu Sklaven der Grundbesitzer machte.

Die Untertanen wußten jedoch genau, was sie von diesen zivilisatorischen Bestrebungen Peters halten sollten. In Moskau fing man an, Alarm zu schlagen. Doch Peter wachte. Auf den Zustand antwortete er mit einem Blutbad und in seiner Wut ließ der „europäische“ Zar den Alarmglocken je fünfzig Hebel ausstellen und verschickte sie nach Tobolsk in Sibirien! Peters reformatorische Tätigkeit richtete sich ferner auf das Verbot, Bärs- und hohe Stiefel zu tragen. Die Untertanen wagten gegen eine so slavisch-lächerliche Pflicht zu protestieren. Peter verurteilte achttausend Menschen zum Tode! Die Vollstreckung des Urteils bot allerdings Schwierigkeiten, aber Peter war ja allmächtig! Er ließ die gefesselten Verurteilten auf einen umzäunten mit kleinen Klößen vollgestellten Platz bei Moskau treiben, und Zar Peter, der große Reformator, ging mit seinen Staatsmännern selbst daran, den Unglücklichen die Häupter abzuschneiden. . . . Bei dem



Der Reichsapfel des Groß-Russischen Reiches

Jarismus und die Grundmauer der Autokratie*) zum Ausdruck.

Wer Iwan IV. gewesen ist, darüber wurde nur allzu viel geschrieben. Ein Tyrann, ein Verbrecher, halb Tier, halb Wahnsinniger und schließlich selber ein Opfer des Giftes. Für sich allein betrachtet, kritillos aus der Geschichte herausgerissen, kann Iwan IV. mit seinen Greuelthaten das Blut in den Adern gerinnen lassen, aber auf dem Hintergrund des XVI. Jahrhunderts ist derselbe Iwan IV. nur ein Diamant mehr zwischen der würdigen Gesellschaft Heinrichs VII. von England, Elisabeths, Karl IX., bedeutet er nur eine bescheidene Ergänzung der Nordboten in der heiligen Bartholomäusnacht der französischen Könige.

Auch die Nachfolger Iwans IV. verdienen keine besondere Beachtung: durch Verbrechen erlangten sie die Krone, und das Verbrechen machte sie in der Folge der Krone wieder verlustig.

Iwan IV. starb im Jahre 1584 und hinterließ zwei Söhne: Feodor und Demetrius. Ersterer geriet in die Hände des mächtigen Bojaren Godunow, wurde sein Schwiegersohn und . . . starb plötzlich im Jahre 1598. Feodor hätte von Demetrius beerbt werden müssen, aber der vorsichtige Godunow ließ ihn rechtzeitig ermorden und bestieg selber den Thron.

Nach sieben Jahren starb Godunow ebenfalls „plötzlich“ und hinterließ einen Sohn, Feodor. . . . Doch nun tauchte der falsche Demetrius auf, der sich für den ermordeten Prinzen Demetrius ausgab und Anhänger gewonnen hatte. Der falsche Demetrius besaß sich wiederum, Feodor II. und mit ihm seine ganze Familie zu ermorden; hierauf regierte er sieben Jahre glücklich und, — wie man sagt, nur nicht geringen Zufriedenheit der Untertanen.

Das XVII. Jahrhundert eröffnet Rußland mit der Ermordung des falschen Demetrius durch die von Schuiski angezettelte Verschwörung und Thronbesteigung dieses letzteren. Aber dem ersten falschen Demetrius folgte bald der zweite falsche Demetrius. Schuiski wollte die Bewegung zugunsten des Präventen durch Terrorismus abbrechen, aber er erreichte nur, daß das ganze Volk gegen ihn aufgebracht wurde. Er wurde vom Thron geworfen, ins Kloster gesteckt und dort ermürgt. Ein Jahr später wurde der zweite falsche Demetrius von demselben Schicksal erreicht.

Zum Zaren wurde Michael Romanow gewählt. Mit ihm zählte Rußland seit dem Tode Iwans IV. im Laufe von 29 Jahren sieben Zaren und zwei Jahre Regentenschaft.

Der erste Romanow war ungewöhnlich grausam, aber er war weder autokratisch, noch hätte er es je wagen können, die Gerichtsbarkeit zu mißbrauchen. — Er starb im Jahre 1645 eines natürlichen Todes. Nach dem Tode Michaels folgte sein Sohn Alexis, an dessen Stelle sein Günstling Morosow regierte. Das russische Volk versuchte mehrere Male die Ketten zu sprengen, mit denen Morosow es gefesselt hatte. Endlich zwang es den Zaren, sich des Beraters zu entledigen. Alexis floh. Um sich für die Zukunft zu sichern, daß der Wille des Volkes sich auf diese Weise



Zar, Michael I, der erste Romanow

bauenden Beispiel, das der Kaiser gab, wetteiferten die Staatsmänner, wer die meisten Köpfe füllen würde. Die Siegespalme fiel Menschilow, dem Liebbling Peters I., zu.

Der tüchtigste Mitarbeiter Peters I. war ein gewisser Romodanowski, Chef der geheimen Inquisitions-Kanzlei und Vertreter des Kaisers während seines Aufenthaltes im Ausland, — die rechte Hand bei allen Niederträchtigkeiten.

(Fortsetzung folgt.)

Doppeltes Silbenrätsel

Aus den Silben

an — an — ben — ben — ben — ber — bre — dar — de —
den — der — dier — du — dung — e — e — e — e — el —
er — ge — gel — ger — gon — gra — griff — gum — hahn —
holz — il — in — in — le — lei — ler — lett — lue —
ma — me — mi — mo — na — na — ne — ni — ni — o —
oul — pe — pu — ra — ra — rad — ras — rau — rent —
rich — se — se — sei — sel — sie — sor — tas — ter — tin —
tis — tri — trut — un — ve — wen — wi — win —
wisch — za — zu

sind 32 Worte zu bilden, bei denen die Anfangsbuchstaben von oben nach unten und die dritten Buchstaben von unten nach oben gelesen denselben Spruch, ein Zitat von Karl Liebknecht ergeben. Die Worte bedeuten:

1. zaristisches Parlament 2. Männliches Tier 3. Sportler 4. Zahl 5. Stoff für Bettüberzüge 6. Baum 7. Vertiefung 8. Stadt in der europ. Türkei 9. kleines Raubtier 10. französischer Männername 11. Naturforscher 12. Haushaltgegenstand 13. biblische Stadt 14. nützliches kleines Tier 15. Stadt in Böhmen 16. Berater des letzten Zaren 17. Stadt in Italien 18. Holzart 19. Festland im Meer 20. Roman von Zola 21. Vogel 22. Behälter für Zeichen 23. südamerikanischer Präsident 24. Musikinstrument 25. Geschenk 26. ist die beste Verteidigung 27. Unwahrheit 28. norddeutscher Fluß 29. Mädchenname 30. mohamedanischer Priester 31. Männername 32. Geschmacksrichtung

Auflösung des Silbenrätsels aus der vorigen Nummer

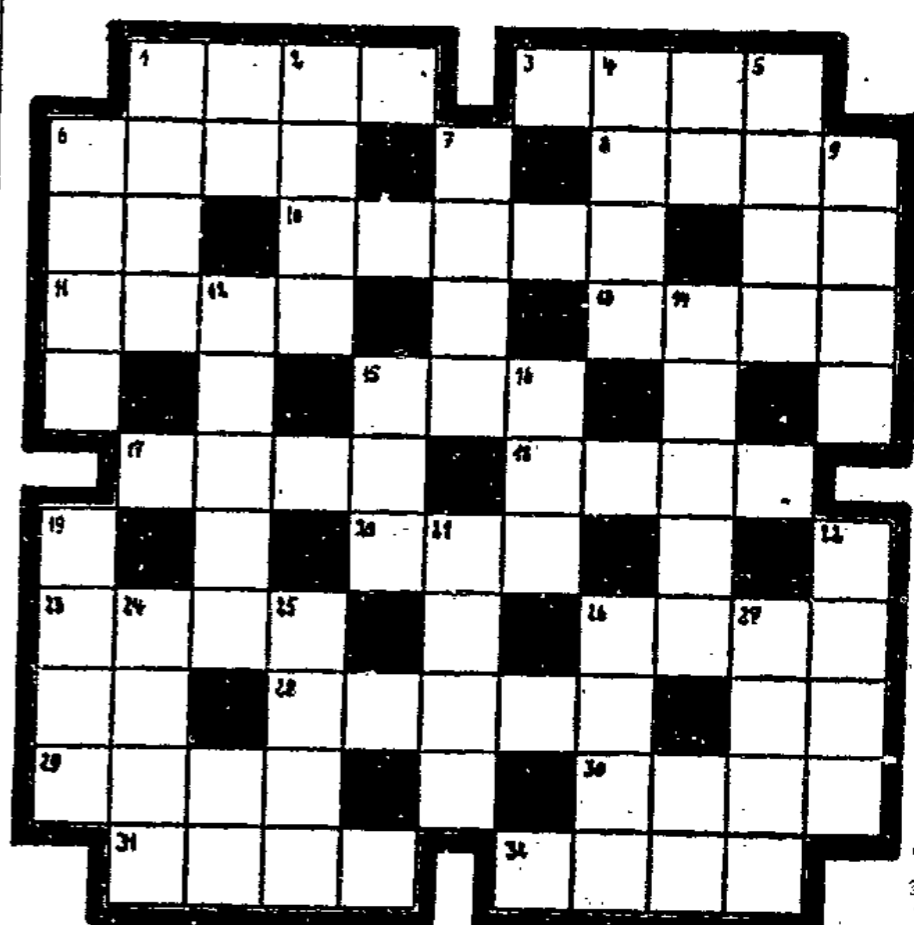
1. Sedan 2. Ibis 3. Edertalsperre 4. Tabak 5. Rene 6. Arniea 7. Guld 8. Eber 9. Norwegen 10. Hitler 11. Arsen 12. Machiavelli 13. Mosbit 14. Elfenbein 15. Ratte 16. Uradom 17. Ninive 18. Diderot 19. Slavog 20. Iari 21. Chianti 22. Ekrasit 23. Leber 24. Aleuten 25. Leiterkasten 26. Sattel 27. Zweifel 28. Ebro 29. Jaworaw 30. Chiemsee 31. Erhardt 32. Nurni. — „Sie tragen Hammer und Sichel als Zeichen, die Handerschaften der Arbeiterwohlfahrt“

Kreuzworträtsel

Wasserecht: 1. Name mehrerer Kassen, 3. kleine Südsinsel, 6. Bau, Schreibart, 8. Ruhe, Marschpauze 10. berühmter sowjetrussischer Schriftsteller 11. laufende Blume 13. morascher Begriff, 15. finnische Hafenstadt, 17. Verleerer des „Kapital“, 18. Arrest, 20. Narr, 23. Haat, Elk-

26. Geck, 28. Möbelstück, 29. Schauspiel von Ibsen, 30. Blutgefäß, 31. Zerknirschungsmittel, 32. einmastiges Schiff.

Senkrecht: 1. männlicher Vorname, 2. Wasserpflanze, 4. Teil des Oper, 5. Nebenfluß der Donau, 6. Totenschrein, 7. Gangart, 9. Destillationsprodukt, 12. proletarischer Satiriker, gestorben, 14. Schiffsliedplatz, 15. Hoch-



werkzeug, 16. Teil des Kopfes, 19. Fischleib, 21. Sammelbezeichnung für Früchte, 22. männliches Schwein, 24. römischer Liebesgott, 25. Haushaltgegenstand, 26. englischer Dichter, 27. deutsche Spielkarte.

*) Der unumschränkten Selbstherrschaft, wobei der Herrscher seiner Anstanz Reihenschaft schuldet.

